

**Evelyne Gebhardt**

Mitglied des Europäischen Parlaments

**EUROPA AKTUELL**

Nr. 5/2020, 17. April 2020

**Liebe Bürger und Bürgerinnen,**

die Corona-Pandemie bestimmt den Alltag der Menschen in ganz Europa. Das öffentliche Leben ist stark eingeschränkt. Ein Ende der notwendigen Maßnahmen ist nur bedingt abzusehen. Die Folgen für die Wirtschaft sind schon deutlich spürbar. Die Krise wird uns alle noch lange Zeit fordern.

Leider ist zu Beginn der Krise wichtige Zeit verloren gegangen. Die Regierungen haben zunächst sehr egoistisch gehandelt. Diese nationalen Alleingänge haben nicht geholfen. Sie haben vieles verschlimmert.

Wir wissen auch, dass einzelne Staaten stärker betroffen sind als andere. Deshalb muss Europa jetzt geschlossen und solidarisch zusammenstehen. Ich bin froh, dass auf der Ebene der Nationalstaaten inzwischen ein Bewusstseinswandel stattfindet:

Die Finanzminister der Eurogruppe haben in der letzten Woche ein 500 Milliarden Euro schweres Paket beschlossen: dazu gehört ein europäisches Kurzarbeitergeldprogramm, ein Programm der Europäischen Investitionsbank und Kredite aus dem ESM.

Das Europäische Parlament hat in seiner aktuellen Sitzung über 3 Milliarden Euro Soforthilfe für den Gesundheitssektor auf den Weg gebracht. Wir Abgeordneten haben ebenfalls klar gemacht, dass wir neue, gemeinschaftliche Finanzierungsinstrumente brauchen, damit Europa in der Krise wieder auf die Beine kommt.

Ich appelliere an die Regierungen: einigt euch, steht zusammen und handelt geschlossen.

Solidarität untereinander ist ein europäischer Wert und vertragliche Verpflichtung. Wann, wenn nicht jetzt, sollten alle Verantwortlichen danach handeln?

Ihre

**INHALT****Seite 1**

- Kolumne
- Europäisches Parlament zeigt Ausweg aus der Corona-Krise auf

**Seite 2**

- EuGH ordnet Aussetzung von Disziplinarkammer am polnischen Obersten Gericht an
- Abgeordnete im Homeoffice

**IMPRESSUM**

Redaktion: Evelyne Gebhardt  
und Fabian Rothfuss

**Europabüro**

Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 07940 59122  
Fax: 07940 59144

[info@evelyne-gebhardt.eu](mailto:info@evelyne-gebhardt.eu)

**Europäisches Parlament**

60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

[evelyne.gebhardt@ep.europa.eu](mailto:evelyne.gebhardt@ep.europa.eu)

**Jens Geier: „Neue und notwendige Stufe der europäischen Zusammenarbeit“****Europäisches Parlament zeigt Ausweg aus der Corona-Krise auf**

Die am Freitag, dem 17. April 2020 per Fernabstimmung beschlossene Parlamentsresolution und die Änderungen am EU-Haushalt kommentiert Jens Geier, Vorsitzender der Europa-SPD:

„Die vier größten Fraktionen des Parlaments sprechen sich für die Entwicklung von neuen Finanzierungsinstrumenten aus, die die Erholung der Europäischen Volkswirtschaft zu einer Gemeinschaftsaufgabe macht. Dabei ist eine Kredit-

aufnahme mit Besicherung durch einen veränderten EU-Haushalt genauso vorgesehen, wie sogenannte ‚Recovery Bonds‘. Diese Vorschläge sind positiv und zeigen, dass eine Mehrheit der Abgeordneten die Idee einer gemeinsamen



Krisenüberwindung unterstützt. Das ist echte europäische Solidarität und eine neue - und auch notwendige - Stufe der Zusammenarbeit.

Mit diesen Geldern könnten wir ein massives Wiederaufbauprogramm finanzieren, dass dann auch der Zielsetzung des Europäischen Green Deal folgen sollte. Es geht darum, die europäische Wirtschaft nachhaltig und zukunftsfähig neu zu starten.“

„Wir wollen den vielen Beschäftigten in Europa die Sorge um ihre Arbeitsplätze nehmen und den Abbau von Arbeitsplätzen weitestgehend verhindern. Die Kommission hat mit dem SURE-Programm ein Instrument vorgelegt, dass in die

richtige Richtung geht. Wir erwarten nun die schnelle Umsetzung des Programms.“

„Den Abbau demokratischer Grundrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien unter dem Deckmantel der Krisenbekämpfung nimmt das Europäische Parlament nicht hin. Die Notstandsgesetze in Ungarn und die kurzfristige Abänderung des Wahlrechts in Polen sind mit den europäischen Werten nicht vereinbar - gut, dass das Europäische Parlament das klarstellen wird.“

„Dass die übrig gebliebenen Margen aus dem laufenden Haushaltsjahr nun für den Kampf gegen die Pandemie-Folgen eingesetzt werden können, ist notwendig und rich-

tig. Damit leistet der aktuelle Haushalt der EU einen weiteren Beitrag zur Bewältigung dieser Krise.

Der aktuelle Haushaltsrahmen kann aber kaum den wirtschaftlichen Wiederaufbau gewährleisten, genauso wenig wie die vorliegenden Vorschläge für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen. Für die wirtschaftliche Erholung erwarten wir daher einen ambitionierten neuer Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 von der EU-Kommission. Die Mitgliedstaaten müssen dafür bereit sein, lange gepflegte Spardogmen abzulegen und endlich mehr Eigenmitteln der EU zulassen. Jetzt ist nicht die Zeit, kleine Brötchen zu backen.“ ■

## Katarina Barley: „Gutes Signal für die Rechtsstaatlichkeit“

### EuGH ordnet Aussetzung von Disziplinarkammer am polnischen Obersten Gericht an

Am 8. April 2020 ordnete der Europäische Gerichtshof an, die Disziplinarkammer am Obersten Gericht in Polen sofort zu suspendieren. Dazu erklärte Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Mitglied im Rechtsausschuss:

„Ich begrüße die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes. Die Disziplinarkammer wurde mit Getreuen der PiS-Partei besetzt und kann drakonische Strafen für Richter verhängen, und diese schon aufgrund der Tatsache, dass sie ihr Amt unabhängig ausüben. Die Disziplinarkammer ist allerdings nur ein Element der PiS-Bestrebungen, die unabhängige Justiz in Polen abzuschaffen.“

„Es ist daher befremdlich, dass die Europäische Kommission beim Europäischen Gerichtshof noch nicht die sofortige Aussetzung des polnischen Maulkorbgesetzes für Richter beantragt hat. Das Gesetz ist bereits seit Anfang des Jahres in Kraft und hat der Unabhängigkeit der Gerichte in Polen bereits großen Schaden zugefügt. Richtern drohen seither Disziplinarstrafen, wenn sie europäisches Recht

anwenden. Ich mahne die Kommission bereits seit Januar zum Handeln.“

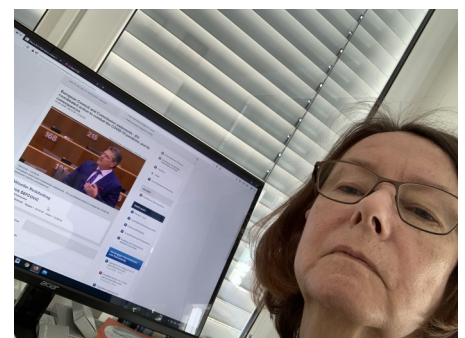
„Wir müssen weiter wachsam bleiben und den Druck aus dem Europäischen Parlament und der Zivilgesellschaft aufrecht erhalten. Neben der Justizreform möchte die PiS-Regierung mit aller Macht Präsidentschaftswahlen stattfinden lassen, obwohl in der aktuellen Lage ein fairer und freier Wahlkampf unmöglich ist. Die Regierungspartei will unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie die Demokratie weiter aushebeln.“

„Ein weiteres eklatantes Beispiel für dieses Vorgehen ist Ungarn, wo Victor Orbán das Parlament entmachtet hat. Eine klare Verurteilung der Kommission von Orbáns Vorgehen bleibt bisher aus. Die Europäische Kommission als die Hüterin der Verträge muss entschiedener handeln. Sie muss Verstöße gegen europäische Grundwerte klarer benennen und konsequenter vor den EuGH bringen.“

„Es ist unverständlich, dass Orbáns Partei noch immer Mitglied der Europäischen Volkspartei ist. Die

Christdemokraten sollten ihn endlich ausschließen. Ich vermisse hierzu eine klare Positionierung von CDU und CSU. Jede weitere halbherzige Maßnahme spielt Orbán in die Karten.“ ■

## Abgeordnete im Homeoffice



Abgeordnete im Homeoffice: Per Livestream verfolgt Evelyne Gebhardt die Plenardebatte des Europäischen Parlaments am 16. und 17. April 2020. Bereits im März fand wegen der Corona-Pandemie keine Plenarwoche in Straßburg statt. Stattdessen war Brüssel Tagungsort. Da die Abgeordneten nicht, wie sonst üblich, im Plenarsaal sind, kommt ein Fernabstimmungs-system zum Einsatz. ■